



Wirtschaft

## Kritik an "Exportideologie" "Eine gewisse Deindustrialisierung ist unvermeidbar"

02.06.2024, 14:56 Uhr



Wir brauchen eine Debatte darüber, welche Industrien wir unbedingt mit öffentlichen Mitteln im Land halten wollen, und zu welchem Preis, fordert Höpner.

(Foto: picture alliance / Rupert Oberhäuser)

*Die Angst vor dem Niedergang der Industrie geht in Deutschland um. Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Martin Höpner kritisiert im Interview mit ntv.de die allgegenwärtigen Forderungen nach Subventionen oder Reformen zur vermeintlichen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Der Erfolg der deutschen Industrie in den vergangenen Jahrzehnten sei teuer erkaufte worden und ohnehin nicht wiederholbar.*

### **ntv.de: Erleben wir in Deutschland gerade eine Deindustrialisierung?**

Martin Höpner: Ja, eine gewisse Deindustrialisierung findet statt und dürfte auch auf mittlere Sicht unvermeidbar sein. Strittig sind Umfang und Ausmaß. Eine plötzliche, eruptive, umfassende Deindustrialisierung wäre schlimm, keine Frage. Ich glaube aber nicht, dass das ein realistisches Szenario ist. Der Punkt ist eher, dass Deutschland nicht nur vorübergehend, sondern auch mittel- bis langfristig kein geeigneter Standort für die energieintensivsten Spitzen der Grundstoffproduktion sein dürfte. Ich meine, dass wir das hinnehmen müssen und mit einem kontrollierten Ausmaß an Deindustrialisierung gut leben können.

## **Sie geben also Entwarnung?**

Im internationalen Vergleich fällt Deutschland durch seine überdimensionierte Industrie auf. Seit ungefähr Mitte der 60er Jahre schrumpfen die Industriesektoren großer, entwickelter Volkswirtschaften wie Frankreich, Großbritannien, USA, Deutschland, etwas später auch Italien. Es handelt sich um eine relative Schrumpfung, das heißt, die Industrie schrumpft relativ zur Gesamtwirtschaft. Das hat damit zu tun, dass die Produktivitätsfortschritte durch technologische Entwicklungen in der Industrie im Schnitt höher sind als bei den Dienstleistungen. Das bedeutet: Selbst wenn der Anteil dieser Sektoren an der Wirtschaftsleistung konstant bleibt, werden in der Industrie weniger Arbeitskräfte benötigt. Eine vermehrte Nachfrage nach Dienstleistungen kommt da noch obendrauf. Das ist ein natürlicher Prozess in reifen, erfolgreichen Volkswirtschaften. Ungefähr um die Jahrtausendwende geschah in Deutschland dann etwas Merkwürdiges.

## **Und zwar?**

Deutschland koppelte sich vom internationalen Trend ab. Die Deindustrialisierung verlangsamte sich. Je nach Indikator, auf den man schaut, verschwand sie sogar ganz. Dahinter steckte ein enormes Wachstum der Exporttätigkeit. Dieses Wachstum war stark genug, um die relative Größe des deutschen Industriesektors konstant zu halten. Zwischen der Mitte der 90er und dem Eintritt in die Covid-Krise kamen zwei Drittel bis drei Viertel der deutschen Wachstumsimpulse aus der Auslandsnachfrage.

## **Wie kam dieser Erfolg zustande?**

Das hatte viele Ursachen, aber eine davon ist mir hier besonders wichtig: Die Euro-Einführung hat Deutschland geholfen, sich einen für die Exporteure vorteilhaften effektiven Wechselkurs zu verschaffen. Hohe Zinsen und eine moderate Lohnpolitik ließen die Binnenwirtschaft stagnieren, zeitweise sogar schrumpfen. Das minimierte die Inflation, Deutschland brachte weniger Preissteigerungen hervor als seine Handelspartner. Normalerweise kommt es in so einer Situation zur Auf- und Abwertung von Währungen. Aber Wechselkursanpassungen gibt es im Euroraum nicht mehr, und ein niedriger Eurokurs verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auch gegenüber dem Rest der Welt. Deutschland türmte Exportüberschüsse auf und wurde zum Albtraum der Weltwirtschaft. Dieses Rezept zur Unterdrückung von Deindustrialisierung lässt sich aber nicht wiederholen, das wird nicht gelingen.

## **Warum sollten wir dieses "Erfolgsrezept" nicht fortsetzen?**

All das geschah in einer besonderen Phase der Internationalisierung: der Hyperglobalisierung, also einer Zeit besonders stark zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung. Diese Phase konnte die deutsche Industrie hervorragend nutzen. Die Internationalisierung verändert ständig ihr Gesicht: zuerst die Verflechtung der Gütermärkte. Dann die Verlagerung ganzer Wertschöpfungsketten. Dann die Zerlegung der Ketten und die internationale Diversifizierung ihrer Einzelteile. Die Phase der Hyperglobalisierung dürfte vorbei sein. Die Internationalisierung der Weltwirtschaft ist teilweise sogar auf dem Rückzug. Auch neue Schübe realer Unterbewertung deutscher Exportgüter würden wahrscheinlich nicht zu genug Exportwachstum führen, um die Deindustrialisierung weiter aufzuhalten und für ein anständiges Wirtschaftswachstum zu sorgen. Einfach so weiterzumachen, könnte sich also als Irrweg erweisen. Auf der Suche nach Wachstumsimpulsen müssen wir uns in Zukunft wohl mehr um die Binnensektoren und also um die Entwicklung der Binnennachfrage kümmern.

**Sie stellen das dar, als hätten die Binnen- und Exportsektoren völlig unterschiedliche Interessen. In Deutschland sehen das viele aber anders: Die Industrie mit ihren hohen Exporterlösen ist die Basis des allgemeinen Wohlstands. Wenn es ihr gut geht, geht es allen gut. Was ist daran falsch?**

Ich gehe in der Tat davon aus, dass die Sektoren ganz unterschiedliche Sachen benötigen, um wachsen zu können. Das führt zu Interessengegensätzen - nicht immer, aber häufig. Der Dienstleistungssektor braucht eine stabile Binnennachfrage, der Bausektor niedrige Zinsen, der Exportsektor niedrige Inflation und sinkende reale effektive Wechselkurse. Das sind ziemlich unterschiedliche Bedürfnisse. Für Deutschland sind Lösungen typisch, die besonders dem industriellen Exportsektor zugutekommen. Das wird mit einer hegemonialen Exportideologie unterfüttert: Was wir hier machen, ist doch gut für alle. Man weist Partialinteressen als Gesamtinteressen aus, ohne dass das jemand richtig anzweifelt. In den USA etwa würde das so nicht funktionieren.

**Aber die USA korrigieren doch gerade unter Präsident Joe Biden ihren jahrelangen Kurs zugunsten des Dienstleistungssektors und schwenken auf eine massive Förderung der Industrie ein. Die Entwicklung in den USA in den vergangenen Jahrzehnten kann ja kaum als Vorbild dienen.**

Die USA sind aus den letzten Krisen trotz einer viel kleineren Industrie viel, viel besser herausgekommen als Deutschland mit seiner Industrielastigkeit. Aber ich gebe Ihnen völlig recht: Wir sollten uns die USA nicht zum Vorbild nehmen. Würden wir das tun, müssten wir den Anteil des verarbeitenden Gewerbes an unserer Wirtschaft glatt halbieren. Das kann niemand wollen. Ich denke, wir brauchen ein behutsames Umsteuern. Weg von der einseitigen, radikalen Exportorientierung. Hin zu einer besser ausbalancierten Strategie, die den Bedürfnissen der Binnensektoren und des Exportsektors gleichermaßen Rechnung trägt.

**Es bleibt also dabei: Sie wollen weniger Schutz der deutschen Industrie.**

Ich glaube, dass die starke Exportfixierung nicht mehr im Allgemeininteresse ist. Jeder Euro für Industriesubventionen fehlt anderswo, etwa beim Kita-Ausbau - jedenfalls wenn wir die Schuldenbremse so strikt interpretieren wie jetzt. Und wenn wir die energieintensivsten Teile der Industrie ohnehin nicht im Land halten können, könnte es sein, dass wir gerade nutzlos hohe Geldsummen verbrennen. Außerdem muss man sich klarmachen, dass das große Wachstum der deutschen Exporte im ersten Jahrzehnt des Jahrtausends vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit stattfand. Mittlerweile klagen wir über Arbeitskräftemangel, der sich mit der Verrentung der Babyboomer noch verschärfen wird. Wir werden uns in Zukunft genauer überlegen müssen, wofür wir als Gemeinwesen knappes Arbeitskräftepotenzial einsetzen möchten. Ist es wirklich klug, dass der Industriesektor einen so überdurchschnittlichen Anteil des Arbeitskräfteangebots absorbiert, nur damit wir den Rest der Welt im Anschluss mit unseren Leistungsbilanzüberschüssen überziehen können, während wir gleichzeitig händeringend nach Lehrern, Pflegekräften, Polizisten suchen?

**Was folgt daraus praktisch für die Politik? Sie sagen ja auch, dass Sie die Industrie nicht einfach fallen lassen und in eine Krise stürzen wollen. Wie viel und welche Industriepolitik wäre denn angebracht?**

Das muss im demokratischen Diskurs ausgehandelt werden. Wir brauchen eine Debatte darüber, was wir unbedingt mit öffentlichen Mitteln im Land halten wollen, und zu welchem Preis. Die Industrie leidet auch unter den grotesken Mängeln unserer Infrastruktur, die haben

wir kaputtgespart. Das ist die eine Seite, die Industrie, die vor allem am Export hängt. Auf der anderen Seite müssen wir diskutieren, wie wir mehr für die Binnennachfrage tun können. Das fängt bei der Lohnentwicklung an. Wir haben die Tarifbindung erodieren lassen, nur noch jeder zweite Beschäftigte ist durch einen Tarifvertrag geschützt. Das ist nicht gut. Zudem läuft in der Finanzpolitik was schief. Die Schuldenbremse ist so strikt, dass sie die Binnennachfrage hemmt und Zukunftsinvestitionen verhindert.

### **Glauben Sie, dass so ein Umsteuern bevorsteht?**

Ich sehe noch keine richtigen Anzeichen dafür. Alles ist auf Export und Wettbewerbsfähigkeit fixiert. Ich fürchte, dass wir knappe Mittel zu sehr in die Industrie lenken und trotzdem kein Wachstum ernten. Damit ziehen wir auch die Wut unserer europäischen Partner auf uns, die sich weniger Subventionen leisten können als wir. Und wenn wir noch mehr auf Export- und Leistungsbilanzüberschüsse setzen, könnte am Ende auch noch ein kaputter Euro stehen.

*Mit Martin Höpner sprach Max Borowski.*



Martin Höpner leitet die Forschungsgruppe Politische Ökonomie der europäischen Integration des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung.

(Foto: David Ausserhofer )

Quelle: ntv.de

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Eine-gewisse-Deindustrialisierung-ist-unvermeidbar-article24979923.html>